

Ist der F-35 die neue Mirage?

- 15.09.2026
- Neue Zürcher Zeitung
- Matthias Venetz, Samuel Tanner

Geliefert wie bestellt: Was für den Kampffjet F-35 nicht gilt, lässt sich umso mehr von den Sozialdemokraten sagen. Bereits am vergangenen Donnerstag forderte Pierre-Alain Fridez, ehemaliger SP-Sicherheitspolitiker und Autor von zwei F-35-kritischen Büchern, eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Nun liegt der Entwurf für einen entsprechenden Vorstoss vor. Die Solothurner SP-Ständerätin Franziska Roth verlangt in dem Papier, das der NZZ vorliegt, eine Untersuchungskommission «zur Aufarbeitung der erheblichen strukturellen, institutionellen und methodischen Schwächen», die zur Beschaffung des Kampfflugzeuges geführt hätten. Eine parlamentarische Untersuchungskommission ist das schärfste Instrument des Parlaments, um den Bundesrat zu kontrollieren.

Es wurde in der Geschichte des Bundesstaates nur im Zuge tiefgreifender staatspolitischer Skandale angewandt. So etwa rund um den Zusammenbruch der Credit Suisse, den Fichenskandal oder die sogenannte Mirage-Affäre Mitte der 1960er Jahre, die durch massivste Kostenüberschreitungen ausgelöst worden war und zum Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Paul Chaudet geführt hatte. Die SP-Ständerätin Roth sagt nun, bereits seit Jahren bekomme ihre Partei in deren Kritik am F-35 in «homöopathischen Dosen» recht. Nachdem die Geschäftsprüfungskommission in dieser Sache vergangene Woche einen denkwürdigen Bericht veröffentlicht habe, sei das Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat gleich null. «Die ganze Affäre kommt mir vor wie ein Mirage-Skandal 2.

0.» Entsprechend scharf ist auch die Tonalität in ihrem Entwurf. Ob sie eine Mehrheit im Parlament für sich gewinnen kann? «Eine Manipulation» Konkret fordert Roth, dass sich eine noch einzuberufende Untersuchungskommission mit einer Reihe von Vorwürfen auseinandersetzt. Sie spricht unter anderem von einer «Manipulation der Bewertungskriterien». Im Entwurf schreibt sie etwa, «eine offenbar sehr kleine Gruppe von Hauptakteuren» habe die Kosten für den Kauf und den Betrieb des F-35 derart verfälscht, dass der amerikanische Kampffjet einen «angeblich überragenden Kostenvorteil» im Vergleich zur Konkurrenz erhalten habe.

Relevant ist das insbesondere, weil der Bund davon ausging, dass der F-35 in Ankauf und Betrieb rund 2 Milliarden Franken günstiger sein würde als das nächstbeste Angebot. Im Vorstoss verlangt Roth deshalb, die Untersuchungskommission solle ermitteln, ob der Anbieter des F-35, der amerikanische Rüstungskonzern Lockheed Martin, Einfluss «auf die Verfälschung» der Kostenberechnungen genommen habe. Seit dem Bericht von vergangener Woche ist zudem klar, dass das zuständige Bundesamt Armasuisse diverse Dokumente nicht gesetzeskonform abgelegt hat. Die GPK empfahl deshalb, abzuklären, ob die Verantwortlichen auch nach dem Ausscheiden aus dem Bundesdienst dafür belangt werden könnten. Roth geht weiter und will nun wissen, ob diese Mängel absichtlich verursacht worden seien.

Umfang und Ton ihrer Fragen sind derart scharf gewählt, dass eine breite Allianz unwahrscheinlich sein dürfte. Neben der Aufarbeitung des Fixpreis-Fiaskos fokussiert sich Roth allerdings auch auf Massnahmen für die Zukunft. Die PUK soll deshalb untersuchen, «welche institutionellen Mechanismen versagten» und welche «Kontrollmechanismen» künftig notwendig seien, damit es keinen «Mirage-Skandal 3.0» gebe. Unter bürgerlichen Politikern wird die Forderung nach einer PUK mehrheitlich als linke Anti-F-35-Kampagne klassifiziert.

«Die Fakten liegen auf dem Tisch: Der Fixpreis war kein Fixpreis», sagt der SVP-Nationalrat Walter Gartmann, der Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission. «Eine PUK wäre reine parlamentarische Arbeitsbeschaffung.» Zwar ist gerade in der SVP verbreitet Unmut über das Fixpreis-Fiasko des Verteidigungsdepartements (VBS) zu vernehmen, über Viola Amherds Rolle und auch jene des ehemaligen Armeechefs Thomas Süssli. Das Departement soll diesen Unmut auch zu spüren bekommen, aber eher auf Nebenschauplätzen: So sollen etwa das von

Amherd installierte Staatssekretariat für Sicherheitspolitik oder die Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity abgeschafft werden. Kein Rappen ohne Vertrag Der F-35 hingegen sei, so sind sich Sicherheitspolitiker von SVP, FDP und Mitte weitgehend einig, «too big to fail».

Auch wenn die Beschaffung «unschön» bis «katastrophal» abgelaufen sei: Was sei denn die Alternative? «Ein neues Flugzeug zu evaluieren, ginge viel zu lange», sagt der FDP-Nationalrat Heinz Theiler. Man müsse «zwingend» am F-35 festhalten, sagt der SVP-Nationalrat Thomas Hurter. So gilt unter den Bürgerlichen ein bekanntes fliegerisches Bonmot bei garstiger Witterung: Augen zu und durch. Für künftige Beschaffungen fordert der SVP-Nationalrat Mauro Tuena eine strengere parlamentarische Aufsicht: «Wir sollten keinen Rappen mehr sprechen, bevor wir die Verträge nicht mit eigenen Augen sehen konnten.» Das Vertrauen in das VBS ist auch unter armeefreundlichen Politikern erodiert nicht nur bei Tuena, der sich mehrfach erkundigt hatte, ob der Fixpreis wirklich ein Fixpreis sei, und «brandschwarz angelogen» worden ist, wie er sagt.

Was das Parlament tun könnte, um ein neuerliches Fiasko zu verhindern? Thomas Hurter schlägt vor, dass künftig wieder eine parlamentarische Subkommission «derart komplexe Beschaffungen» begleiten solle. Eine solche Kommission gab es damals bei der Gripen-Beschaffung, wobei dieser Jet später in einer Volksabstimmung verworfen wurde. «So könnte parlamentarische Kritik frühzeitig aufgenommen werden.» Eine derartige Massnahme scheint am ehesten mehrheitsfähig. Allerdings ist sich das Parlament seiner eigenen Grenzen durchaus bewusst.

«Ich zweifle, ob wir Verträge besser lesen können als eine externe Anwaltskanzlei, wie sie beim F-35 eingeschaltet worden war», sagt Heinz Theiler. Reto Nause, Nationalrat der Mitte-Partei, verweist darauf, dass die Kommunikation des VBS unter dem neuen Mitte-Bundesrat Martin Pfister bereits «massiv transparenter» geworden sei. Zudem rückten unter Pfister europäische Rüstungsanbieter stärker ins Zentrum. Was Nause begrüsst. Dennoch bleibt auch für Nause zentral, dass zuerst die amerikanischen Kampffjets beschafft werden.

«Wir brauchen die Flugzeuge eher früher als später.» Eine PUK lehnt er entschieden ab. «Das ist das Mittel all jener, die den F-35 nachträglich abschiessen wollen.» Und so scheint es, dass die linke Forderung nach einer PUK nicht mehr als eine linke Forderung ist. Denn ausgerechnet die Mitte-Partei, die es für eine Mehrheit brauchte, hat das kleinste Interesse, in der F-35-Beschaffung einen staatspolitischen Skandal zu sehen, der einer parlamentarischen Untersuchung bedarf: Im Fokus stünden die frühere VBS-Chefin Viola Amherd und der amtierende VBS-Chef Martin Pfister, beide aus der Mitte.